

An
den Bürgermeister der Stadt Herten
Dr. Uli Paetzel
Kurt-Schumacher-Str. 2
45699 Herten

Thomas Prinz
Fraktionsvorsitzender

Martina Ruhardt
Stellv. Fraktionsvorsitzende

DIE LINKE.
Fraktion im Rat der Stadt Herten
Kurt-Schumacher-Str. 2
45699 Herten
☎ 02366 -493170
✉ ratsfraktion@dielinke-herten.de
🌐 www.dielinke-herten.de

16. November 2009

Antrag nach §14 der Geschäftsordnung zur Schaffung eines regionalen Bildungsnetzwerks für Kreisstädte

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Paetzel,

in einer Presseerklärung vom 13. November 2009 „Beste Bildung für alle – Startschuss: Regionales Bildungsnetzwerk für Kreisstädte“ wird dargestellt, wie zukünftig „Einrichtungen, Institutionen und Bildungsakteure aller Art ... stärker verzahnt“ werden sollen. Die Kreisstädte sollen deshalb ihre Ressourcen aufmerksam prüfen und sich gegenseitig unterstützen, so appelliert der neue Landrat Cay Süberkrüb an die kreisangehörigen Städte.

Doch was verbirgt sich hinter diesen Worten? Soll hier durch eine Fülle positiv besetzter Begrifflichkeiten verschleiert werden, dass der öffentliche Bildungsauftrag einer jeden Kommune und auf Kreisebene mehr und mehr aus Einsparungszwängen zurückgefahren wird? Die Fraktion der LINKEN im Rat der Stadt Herten warnt davor, öffentliche Bildung zu einer Ware zu machen und Bildungsreinrichtungen zu marktgängigen Betrieben umzustrukturieren, die nur noch unter betriebswirtschaftlichen Faktoren beurteilt werden.

Deshalb stellen wir folgenden Antrag:

Der Rat Herten möge beschließen, dass es zu keinen weiteren Einsparungen im Bildungssektor durch Fusionen oder Personalabbau im Zuge der Schaffung eines regionalen Bildungsnetzwerks für Kreisstädte kommt.

Begründung:

So sehr auch sinnvolle Kooperationen im außerschulischen Bildungsbereich teilweise erscheinen, so sehr muss doch auch bedacht werden, dass es hier – um Kosten zu drücken – zu Zwangszusammenschlüssen kommt, die sinnvolle Strukturen zerschlagen. Will man Berufliche Schulen, Abendgymnasien und Volkshochschulen personell, organisatorisch und strukturell neu gliedern, müssen der Öffentlichkeit die Sinnhaftigkeit und die rechtlichen, organisatorischen und pädagogischen Konsequenzen dieser Maßnahmen transparent und nachvollziehbar aufgezeigt werden. Denn die viel beschworenen Synergieeffekte werden häufig von den Kostensenkungsplanern überschätzt.

Deshalb lehnt die Fraktion der LINKEN städteübergreifende Zusammenlegungen von Volkshochschulen, Musikschulen und Bibliotheken ab. Gerade hier zeigt sich die kommunale Verantwortung und Selbstständigkeit für lebensbegleitendes Lernen. Dieser Verantwortung muss jede Stadt gerecht werden. Hier darf es nicht zu Fusionen kommen.

Dazu gehört auch, dass Information und Kommunikation zutiefst soziale Aktivitäten sind. Diese Aktivitäten brauchen reale Orte des Austausches – gerade in Zeiten, in denen Kommunikation immer virtueller und unpersönlicher wird. Hier muss die Kommune auch die demographische Verschiebung der Altersstruktur sowie die ständig steigende Anzahl von Familien mit geringem Einkommen berücksichtigen. Lange Anfahrtswege würden dazu führen, dass vor allem diese Gruppen zunehmend von Bildungsangeboten ausgeschlossen würden. – Wir halten es daher für eine zentrale Aufgabe einer jeden Kommune, Bildung als Menschenrecht lebbar zu machen.

Aus diesem Antrag ergeben sich keine finanziellen Mehrbelastungen für die Stadt.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Prinz
Fraktionsvorsitzender

Martina Ruhardt
stellv. Fraktionsvorsitzende